

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Der falsche Weg zur Marktwirtschaft  
**Autor:** Pozsgai, Joseph  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093138>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Der falsche Weg zur Marktwirtschaft

Zwei Jahre nach dem Systemwechsel befinden sich auch jene drei ehemaligen Ostblockländer, die am meisten westlich orientiert sind — Polen, Tschechoslowakei und Ungarn —, in einer tiefen Wirtschaftskrise. Der sinkende Lebensstandard liess die Freude über Freiheit und Demokratie nicht lange anhalten. Die wachsende Bereitschaft zu Streiks und die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit ihren Regierungen sind alarmierende Zeichen dafür, dass das Schiff dieser jungen Demokratien eine falsche Richtung genommen hat.

Auf der Suche nach den Ursachen dieser heiklen Situation lässt sich zuerst feststellen, dass die Unerfahrenheit der ersten freigewählten politischen Führungsgarnituren nur einer, aber nicht der wichtigste der Faktoren einer fehlgeleiteten und unerwünschten wirtschaftlichen Entwicklung ist. Selbst die Fachminister dieser neuen Regierungen konnten ja nicht wissen, wie eine Marktwirtschaft mit ihren komplizierten Regulierungssystemen und finanztechnischen Instrumenten funktioniert, ganz zu schweigen vom Marketing. Zum Systemwechsel brauchten sie nicht nur Geld, sondern auch Anleitung.

### Es fehlt ein Karl Schiller

Obwohl vor zwei Jahren noch im Westen allgemein angenommen worden war, dass die Ostblockländer ohne kräftige Finanzhilfe den Übergang zur Marktwirtschaft nicht schaffen können, fliesst das Geld — abgesehen von Deutschland — aus den westlichen Industrieländern nur sehr sparsam nach Ostmitteleuropa. Und keiner der drei erwähnten Regierungen steht ein angesehenes Wirtschaftsberater vom Schlage von Professor Karl Schiller zur Seite, der sich auf der Klaviatur der marktwirtschaftlichen Instrumente auskennt.

Statt dessen wurden die drei Länder an die Leine der Bretton-Woods-Institute, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) gehängt. Diese erfüllen zwar ihre beratende Aufgabe in den Ländern mit «kapitalistischen» Wirtschaftssystemen souverän, aber bei der Lösung des schwierigen Problems, welchen wirtschaftspolitischen Kurs die ehemaligen Ostblock-

länder wählen sollten, um die Ufer der Marktwirtschaft ohne grosse Erschütterungen erreichen zu können, da scheinen auch Weltbank und IWF überfordert zu sein.

### Schuldentilgung als Priorität

Deshalb handelten sie nach ihren Prioritäten. Als vorrangige Auflage für die betroffenen Länder wurde die möglichst reibungslose Fortsetzung des Schuldendienstes via Westen gestellt — als Bedingung für den Anschluss an den westlichen Kredithahn. Zweitens wurde den drei Regierungen vom IWF eine strenge monetäre Politik als grundlegender Faktor ihrer neuen Wirtschaftspolitik angeraten, damit eine destabilisierende Hyperinflation vermieden wird.

Ob die ohnehin bankrotten Ostblockländer die Lasten des Schuldendienstes überhaupt werden tragen können, diese Frage wurde dabei sekundär behandelt. Eine sorgfältige Bestandesaufnahme, wie es die Berliner Treuhandanstalt in der Ex-DDR gemacht hatte, hätte nämlich sichtbar gemacht, welch enorm hohen Finanzbedarf der wirtschaftliche Systemwechsel — der Übergang von einer bankrotten Planwirtschaft zu einer einigermassen funktionierenden und wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft — haben wird.

Dazu kam — nicht völlig unerwartet — der Zusammenbruch des Comecon-Marktes, wodurch die CSFR, Polen und Ungarn 50 bis 70 Prozent ihrer sicheren Exportmärkte grösstenteils verloren haben.

### Paradebeispiel Ungarn

Nach zwei Jahren bitterer Erfahrungen gibt es triftige Gründe für die Annahme, dass mit dem IWF-Fertigmodell (strenge Finanzpolitik bei Fortführung des Schuldendienstes) die äusserst schwierigen Wirtschaftsprobleme Ostmitteleuropas kaum gelöst werden können. Wohin dieser Kurs führt, lässt sich am Beispiel Ungarns belegen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die ungarische Regierung nach ihrem Amtsantritt 1990 das IWF-Modell vorbe-

haltlos akzeptierte und daran bis heute ohne Rücksicht auf mögliche schwerwiegende Konsequenzen unerschütterlich festhält.

Das ist um so merkwürdiger, als Ungarn mit 20 Milliarden Dollar Auslandsschulden die höchste Pro-Kopf-Verschuldung im ehemaligen Ostblock aufweist. Ungarn muss zurzeit jährlich etwa 4 Milliarden Dollar aufbringen (1,5 Milliarden für Zinsen und 2,5 Milliarden für abgelaufene Kredite), um den Schuldendienst leisten zu können. Diese riesige Summe zu erwirtschaften, scheint schier unmöglich, wenn man bedenkt, dass Bonn 1990 etwa 170 Milliarden Mark in die Ex-DDR gepumpt hat, ohne den Abwärtstrend sofort stoppen zu können.

Aus eigener Kraft kann auch Ungarn nur die jährliche Zinslast tragen. Die Rückzahlung der fälligen Kredite kann die Regierung nur mit neuen Kreditaufnahmen gewährleisten. Dabei kann das Land allerdings mit der grosszügigen Unterstützung des IWF rechnen. So wird Ungarn zwar seinen guten Ruf als «zahlungsfähiger» Wirtschaftspartner auf den internationalen Finanzmärkten aufrechterhalten können und als «Musterknabe» Osteuropas hochgelobt werden. Aber der Schuldendienst verschluckt dadurch die Möglichkeiten, den hohen Finanzbedarf des wirtschaftlichen Systemwechsels mit ausländischen Krediten zu decken.

So konzentrieren sich die Hoffnungen auf Einfuhr von privatem Firmenkapital aus den Industrieländern, um die Modernisierung und den Strukturwandel durch direkte Beteiligung an ungarischen Unternehmen voranzutreiben. Von einem Ansturm konnte bislang allerdings keine Rede sein. Die private Kapitaleinfuhr aus dem Westen lag bisher unter dem Betrag, den das Land für Zinszahlungen nach den Auslandsschulden in Hartwährung aufbringen musste.

### Preisinflation ohne Vermehrung der Geldmenge

Obwohl der Kernpunkt der Wirtschaftspolitik der Regierung die Privatisierung der

staatlichen Betriebe bei möglichst hohem Beschäftigungsgrad und der Ausbau der rückständigen Infrastruktur sein sollte, steht im Mittelpunkt — nach Intentionen des IWF — die Bekämpfung der Inflation (1990 betrug sie 35 Prozent) im Rahmen einer äusserst strengen monetären Politik. Statt der ohnehin lahmen Wirtschaft Gas zu geben, wird also gebremst.

Paradox ist dabei, dass die Inflation gerade durch die Regierung und die Banken verursacht wird. Mit dem Entzug der Subventionen von der Lebensmittel- und Konsumgüterindustrie zwingt die Regierung die Hersteller zu Preiserhöhungen. Andererseits hat die Hochzinspolitik der Ungarischen Nationalbank (Notenbank) und der Handelsbanken (bis zu 48 Prozent für Inlandskredite) eine ähnlich preistreibende Wirkung, weil die Staatsbetriebe kaum Betriebskapital haben, um die laufende Produktion zu finanzieren. Das Resultat ist eine Preisinflation — ohne eine Vermehrung der Geldmenge.

Eine Geldwertverdünnung wird durch das relativ hohe Defizit im Staatshaushalt hervorgerufen (1990 — 114 Milliarden Forint), zumal die Steuereinnahmen wegen der konjunkturdämpfenden Finanzpolitik unter dem Geplanten bleiben. Das Zeitbild hat den Vertreter des IWF in Budapest, György Szapáry, den ungarischen Finanzminister Mihály Kupa sowie den Vizepräsidenten der Ungarischen Nationalbank, Frigyes Hárshgyi, nach den Motiven dieser restriktiven Finanzpolitik befragt.

#### «Es gibt keinen anderen Weg»

Der IWF-Mann Szapáry meint: «Nicht der Staat als solcher ist die Ursache der Inflation, sondern jene Reformschritte, die getan werden mussten. Aber die Preise sind schon liberalisiert, und wahrscheinlich werden auch die Rohölpreise nicht weiter steigen. Auf Weltmarktpreise wurde auch der Handel mit den ehemaligen Comecon-Staaten umgestellt. Diese Faktoren werden künftig keine Rolle mehr spielen. Das andere ist: Das Haushaltsdefizit soll geringer und dementsprechend die monetäre Politik streng bleiben. Je grösser die Inflation ist, desto höher sind leider die

Zinssätze. Später werden sie dann niedriger . . . Das ist die einzige Methode in jedem Land.»

Ähnlich sieht es auch Nationalbank-Vize Harshegyi: «Es ist ein Teufelskreis. Aber man musste durch. Solange künstlich festgesetzte Preise in der Wirtschaft existieren, so lange kann man die Wirkung der marktwirtschaftlichen Impulse nicht erwarten. Ungarns Wirtschaft ist durch den Außenhandel allzu offen. Wenn wir die Weltmarktpreise nicht eingeführt hätten, würden die Unternehmen noch immer desorientiert sein.» Die einzige Lösung sei die Privatisierung, aber nicht nur die Privatisierung des staatlichen Sektors, sondern überhaupt die Umkehr zur privaten Produktion, die eine höhere Produktivität mit sich bringe.

#### Stabilisierung erwartet

Finanzminister Kupa hofft, dass die Inflation in diesem Jahr zurückgeht, die Zinsen auch niedriger werden und diese Entwicklung auf die Wirtschaft eine belebende Wirkung ausüben wird. Der Grund: «Der Abbau der Subventionen ist praktisch beendet. Was im Bereich des Massenverkehrs und der Wohnungswirtschaft verbleibt, das kann der Staat tragen.»

Diese staatlich geförderte Preisinflation hat aber eine politisch und wirtschaftlich unerwünschte Wirkung, worüber man ungen sprich. Den Lohnempfängern und den über 2 Millionen Rentnern bescherte sie eine starke Senkung ihres Lebensstandards, zumal die Einkommen dieser Mehrheit der Bevölkerung in den letzten zwei Jahren geringfügig oder gar nicht gestiegen sind. Der Fleischkonsum zum Beispiel ist schon im ersten Jahr um 30 Prozent zurückgefallen. Der Konsumrückgang hat in der Landwirtschaft und in der Industrie empfindliche Verluste gebracht — gerade dort also, wo der Zusammenbruch des Comecon-Marktes ohnehin enorme Absatzprobleme verursachte.

#### Produktion muss angekurbelt werden

Eine derart starke Einengung der Inlandsnachfrage führt nicht nur zu politischer Unzufriedenheit, sondern steigert die Krise der Wirtschaft, die durch die «inflationbekämpfende» Hochzinspolitik noch weiter vertieft wird. Dazu kommen noch die von der Notenbank zugelassenen sehr bescheidenen Kreditrahmen für die Banken als wichtiger Bestandteil der restriktiven Finanzpolitik.

In diesem «Teufelskreis» führen dann die hohen Kreditzinsen zu weiteren Preiserhöhungen bei einer sinkenden Inlandsnachfrage. Das Resultat: weiterer Produktionsrückgang in der Landwirtschaft wie auch bei der Konsumgüterindustrie. Letztere ist schon hart genug betroffen durch die Importliberalisierung, die auch vom IWF verlangt wird. All dies vermindert freilich die Steuereinnahmen des Staates, was ein steigendes Haushaltsdefizit zur Folge hat.

Auch IWF-Berater Szapáry hält das Zinsniveau bis zu 48 Prozent für Inlandskredite für zu hoch. «Das sind aber grösstenteils schon Marktzinsen. Aus mehreren Gründen sind sie zu hoch. Der erste Grund ist die Inflation. Auch die Inflationserwartungen sind zu hoch, obwohl die Inflation zurückgeht. Aber der Markt hat es noch nicht akzeptiert, und deshalb ist es auch sehr wichtig, dass die Finanzpolitik weiterhin auf entsprechendem Niveau restriktiv bleibt. Denn: Je grösser das Haushaltsdefizit ist, um so schwieriger sind die Zinssätze zu senken.» Nach Szapárys Meinung würde eine Senkung der Zinsen ohne Marktimpulse die Inflation stark ansteigen lassen.

#### Auslandskredite allein reichen nicht

Der Vizepräsident der Nationalbank weist darauf hin, dass die Unternehmen zur Exportfinanzierung und für Investitionen auch billigere Devisenkredite bekommen könnten, wo der Zinssatz bei nur 10 Prozent liegt, wenn der Kreditnehmer die Zinsen mit Devisen bezahlt, oder bei etwa 22 Prozent, wenn die Zinszahlung in Forint erfolgt. Die Zinsen für reine Forint-Kredite hält auch Hárshgyi für zu hoch. Sie seien aber deshalb so hoch, argumentiert er, weil die Banken sonst kaum mit Geldeinlagen rechnen könnten.

# Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung  
 Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
 Telefon 031 43 12 12  
 Telefax 031 43 38 91

Postcheck Zeitbild 30-24616-5  
 Banken: Spar + Leihkasse Bern 1.534.002.03  
 Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10)  
 0782409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

## Stiftung für Demokratie (SFD)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
 Forschung und Information über die offene Gesellschaft

## Verantwortlicher Herausgeber

Markus Herzog

## Redaktion

Christian Brügger, Monika Scherrer, Jürg L. Steinacher.  
 Fachmitarbeiter: Georg Bruderer, Ian Tickle

## Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder, Trudy Gasser

## Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 59.–  
 Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 35.–  
 Einzelnummer Fr. 2.80

## Abonnementspreise Ausland

**Europa und Mittelmeerländer**  
 Jahresabonnement sFr. 65.–/DM 74.–  
 Luftpost sFr. 71.–  
 Studenten, Lehrlinge und Schüler sFr. 41.–/DM 46.–  
 Einzelnummer sFr. 3.10/DM 3.60

## Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 78.–

## Redaktionelle Zusammenarbeit

SOI-Bilanz  
 Redaktion Jacques Baumgartner

## Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenliste Nr. 13

## Druck und Versand

Hallwag AG Bern,  
 Nordring 4, 3001 Bern

## Weitere Informationstätigkeit

**SOI-Bilanz** (monatliche Hintergrundinformation und Kurzanalyse der internationalen Lage)

**Le Périscope** Französische Parallelausgabe der SOI-Bilanz

**Schwejzarskij Vestnik** Schweizer Bote

(Russischer Pressedienst)  
 Analysen und Kommentare zu Problemen der offenen Gesellschaft

Infos über die soziale und politische Lage in der Schweiz

Artikeldienste für die Presse der 3. Welt:

**Swiss Press Review and News Report**

(für Asien und Afrika)  
 Englischer Pressedienst  
 Informed international commentary from a neutral European country  
 Beurteilung der weltpolitischen Entwicklungen aus schweizerischer Sicht

## Mitteilungsblatt

für die Freunde der Stiftung für Demokratie

**Verlag** (Taschenbuchreihe TM, Sonderdrucke usw.)  
 Schwerpunkt Zeitgeschichte und Politik

## Referentendienste

«1991 war das erste Jahr», so Hárshegyi, «in dem sich der Zinsertrag um die Inflationsrate bewegte. So konnte man erreichen, dass etwa 10 Prozent der Realeinkommen auf die Bank wanderten. Das Zinsniveau der Spargelder liegt bei 30 bis 33 Prozent. Wenn man die Quellensteuer (20 Prozent) davon abzieht, bleiben dem Anleger immer noch 26 bis 27 Prozent. So konnten die inneren Geldquellen mobilisiert werden, in jedem Land die Grundbedingung für die Belebung der Investitionstätigkeit. Allein mit Auslandskrediten kann man kein Land aufbauen.»

In der Tat stiegen 1991 die Ersparnisse der Bevölkerung von 85 Milliarden auf 230 Milliarden Forint. Für Geldanleger gab es ja kein lukrativeres Geschäft. Damit die Banken dabei nicht leer ausgehen, mussten sie ihre Kreditzinsen freilich sehr hoch halten — über 40 Prozent —, womit sie aber der Inflation einen gewaltigen Schub gegeben haben.

Wie dem auch sei, die ungarischen Finanzinstitute haben an der Hochzinspolitik sehr gut verdient: 70 Milliarden Forint in einem Jahr. Danach gefragt, ob dies rechtens sei, sagt Finanzminister Kupa: «Auch unter diesen nicht normalen Verhältnissen ist es nicht in Ordnung. Doch ich glaube, das ändert sich 1992. Wir fangen mit der Privatisierung der Handelsbanken an, wovor sie allerdings grosse Angst haben, weil Fachwissen und Kapital dazu unerlässlich sind ... Gute Bankfachleute sind in Ungarn Mangelware ...»

### Rückbesinnung auf eigentliche Aufgaben

Man hat den Eindruck, dass die Befürworter einer restriktiven Finanzpolitik – und dazu gehört der ganze ungarische Bankapparat – ihre Tätigkeit nur auf Bewahrung der Geldwertstabilität und auf die Bekämpfung der hausgemachten Inflation beschränken wollen, ohne auf die volkswirtschaftlichen Konsequenzen Rücksicht zu nehmen und noch weniger darauf, welche neuen Opfer die Restriktionen von der ohnehin 40 Jahre gebeutelten Bevölkerung abverlangen werden. IWF-Vertreter Szapáry erklärt klipp und klar: «Der Finanz-

politik darf man keine andere Aufgabe anvertrauen, als sie lösen kann. Sie kann die Inflation bekämpfen oder sie anheizen. Sie kann den Wert des Forint stabilisieren. Mehr kann eine Finanzpolitik nirgendwo tun ...»

Auf die Frage «Wie könnte die Notenbank die Wirtschaftspolitik des Systemwechsels unterstützen?» antwortet Vizepräsident Hárshegyi im gleichen Sinne: «Wenn es auch sonderbar scheint, es ist keine Aufgabe der Notenbank. Im Vergleich zu ihrer Rolle im alten Regime besteht die Änderung darin, dass sich die Notenbank jetzt nur auf die klassischen Notenbankaufgaben konzentriert, d. h. auf die Regelung der Geldmenge und die Wertbeständigkeit der Nationalwährung. Wir müssen deshalb neutrale Finanzierungsformen entwickeln; die Bank kann keine Wirtschaftsbereiche gegenüber einem anderen begünstigen ...»

### Staat muss handeln

Ganz anders sieht es der Koordinator der ungarischen Wirtschaftspolitik, Finanzminister Kupa. Er teilt die Besorgnis, dass eine strenge monetäre Politik die Spielräume der kranken Wirtschaft derart verkleinert, dass es zu politischen Explosionen führen kann. Der Finanzminister in seiner direkten Art: «Ganz klar, die Restriktion ist ohne strukturelle Umstellung der Wirtschaft und ohne Infrastruktur eine tödliche Gefahr. Weil es an sich eine solche Heilmethode ist, die die Wirtschaft immer mehr einengt. Daran krankt auch die polnische Wirtschaft.»

Soviel steht fest: Mit einer strengen und restriktiven Finanzpolitik kann man eine kranke Wirtschaft nicht beleben — dies geht nur mit Geldspritzen und einer staatlich geförderten Konjunkturbelebung. Für solche bietet sich der Aufbau einer modernen Infrastruktur geradezu an, wobei Zehntausende von Arbeitslosen eine Beschäftigung finden könnten. Der jetzige Weg führt in eine Sackgasse. Das IWF-Modell ist revisionsbedürftig. Es müsste neu gehandelt werden, bevor es zu spät ist. ■